



**Jakob Mierscheid**

Mitglied des Deutschen Bundestages

11011 Berlin  
Telefon 030/2270

17. Januar 2007

## **Kernenergie und Staat**

Liebe Genossinnen und Genossen,

uns wird gelegentlich vorgeworfen, wir würden zu etatistisch denken und wollten alles über den Staat regeln.

Richtig ist, dass wir keine Anarchisten sind und den Staat nicht abschaffen wollen.

Dass wir das auch gar nicht könnten, selbst wenn wir wollten, hat uns ausgerechnet ein Liberaler gelehrt.

Werner Maihofer, Innenminister, FDP, hat uns schon 1975 in einer Fußnote in einem Bericht an den Innenausschuss zur Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen ganz verschämt mitgeteilt:

*„Das grenzüberschreitende Gefährdungspotential, aber auch die praktizierten Beseitigungsmethoden (z.B. internationale Versenkungsaktionen auf hoher See) machen deutlich, dass die nationale Verantwortlichkeit bei einer Bundesbehörde liegen muss; ein weiteres, wesentliches Argument ist die erforderliche Langzeitliquidität (**Größenordnung einige hunderttausend Jahre!**), die nicht privatwirtschaftlich, sondern nur durch stets existierende staatliche Stellen gewährleistet werden kann.“*

Dies auch als Anmerkung zur neuen Kernenergie-debatte.

Mit freundlichen Grüßen

*Jakob Mierscheid*

# Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen und Strahlenschutz



Herausgeber: Bundesministerium des Innern

2) Das grenzüberschreitende Gefährdungspotential, aber auch die praktizierten Beseitigungsmethoden (z. B. internationale Versenkungsaktionen auf hoher See) machen deutlich, daß die nationale Verantwortlichkeit bei einer Bundesbehörde liegen muß; ein weiteres, wesentliches Argument ist die erforderliche Langzeitliquidität (Größenordnung einige hunderttausend Jahre!), die nicht privatwirtschaftlich, sondern nur durch stets existierende staatl. Stellen gewährleistet werden kann.